

615763-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Reparatur und Wartung von Pumpen, Ventilen, Hähnen, Metallbehältern und Maschinen – Betriebsführung der Biogaseinspeiseanlagen

OJ S 172/2026 07/09/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: GASCADE Gastransport GmbH

E-Mail: vergabe@gascade.de

Tätigkeit des Auftraggebers: Erzeugung, Fortleitung oder Abgabe von Gas oder Wärme

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Betriebsführung der Biogaseinspeiseanlagen

Beschreibung: Die GASCADE Gastransport GmbH betreibt drei (3) Biogaseinspeiseanlagen.

Die anfallen-den Arbeiten für Wartung und Instandhaltung (in nachfolgenden "Betriebsführung") sollen hierzu an fachkundige Unternehmen vergeben werden. Gegenstand des Auftrags ist die technische Betriebsführung sowie die Durchführung, Koordination und Dokumentation sämtli-cher erforderlicher Inspektions-, Wartungs-, Prüfungs- und Instandhaltungsleistungen an den Biogaseinspeiseanlagen Fuchswinkel, Nonnendorf und Wörth. Die Biogaseinspeiseanlage Fuchswinkel umfasst zusätzlich eine Sauerstoffentfernungsanlage. Der Leistungsumfang erstreckt sich insbesondere auf die Gasdruckregel- und Messanlagen, Verdichteranlagen, Sauerstoffentfernungsanlagen, Mess-, Steuerungs-, Fernwirk- und Über-tragungstechnik, elektrotechnischen Anlagen, Explosions- und Brandschutztechnik, Hei-zungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Druckluft- und Steuerluftanlagen, Druckbehälter, Ge-bäude und Außenanlagen sowie die Koordination und Begleitung wiederkehrender Prüfungen. Eingeschlossen sind ferner die Störungsbearbeitung einschließlich der Sicherstellung vorge-gebener Reaktionszeiten, die Einbindung qualifizierter Fach- und Serviceunternehmen, die Abfallentsorgung, die Erfassung und Minimierung von Methanemissionen sowie die vollstän-dige Dokumentation und Berichterstattung. Die Leistungen sind unter Beachtung der ein-schlägigen gesetzlichen Bestimmungen, technischen Regelwerke, Herstellervorgaben und der vorgegebenen Prüf- und Wartungsintervalle zu erbringen.

Kennung des Verfahrens: 569a1a2b-3aac-47cc-b983-9e77929d4073

Interne Kennung: 2026-057

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50500000 Reparatur und Wartung von Pumpen, Ventilen, Hähnen, Metallbehältern und Maschinen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 50530000 Reparatur und Wartung von Maschinen, 65200000 Gasversorgungsunternehmen und zugehörige Dienste

2.1.2. Erfüllungsort

Beliebiger Ort

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHYH0DYD9FZYZZ# siehe Verfahrensunterlagen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 2 GWB: "§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt."

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 2, 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden

sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche)"

Betrug: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 4, 5 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden"

Korruption: Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 6, 7, 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)"

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)."

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder

bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Zahlungsunfähigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein

vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 3. der öffentliche Auftraggeber auf geeignete Weise nachweisen kann, dass das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden"

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken"

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann"

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann"

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 7. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadensersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben"

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche

Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln."

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Betriebsführung BGEA Fuchswinkel

Beschreibung: Gegenstand der Leistungen ist die technische Betriebsführung der Biogaseinspeiseanlage Fuchswinkel einschließlich der zugehörigen Sauerstoffentfernungsanlage. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere: - Inspektion, Funktionsprüfung, Wartung und erforderliche Instandsetzung der Gas-Druckregel- und Messanlage einschließlich der Gasbeschaffenheits-, Mengen-, Druck-, Temperatur-, Taupunkt-, Sauerstoff- und Schwefelmesstechnik; - Betrieb, Überwachung und Instandhaltung der Verdichteranlage einschließlich Rück-kühlanlagen, Rohrleitungen, Sicherheitseinrichtungen, Kühlwasser- und Ölkreisläufen sowie der zugehörigen Heizungs- und Lüftungstechnik; - Sichtkontrolle, Funktionsprüfung, Wartung und wiederkehrende Prüfung der Sauerstoffentfernungsanlage einschließlich Kaltwassersatz, Kühlwassersystem, Steuerluftversorgung und zugehöriger Druckbehälter; - Instandhaltung der Druckluft- und Steuerluftanlage einschließlich Vorhaltung einer geeigneten Ersatzversorgung; - Prüfung und Wartung der elektrotechnischen Anlagen, der Automatisierungs- und Prozessleittechnik, der USV-Anlagen, der Transformatorenstation sowie der Blitz-, Überspannungs- und Potenzialausgleichssysteme; - Wartung und Prüfung der Explosionsschutztechnik, der technischen Lüftung, der Gaswarnanlage sowie der Brandmelde- und sonstigen Brandschutztechnik; - Wartung der Klima-, Heizungs-, Lüftungs-, Fernwirk- und Übertragungstechnik; - Koordination, Vorbereitung, Begleitung und Dokumentation der wiederkehrenden Prüfungen an Druckbehältern und Durchleitungsdruckbehältern sowie der Prüfungen auf Explosionssicherheit; - Überwachung des Korrosionsschutzes der erdverlegten Leitungen und des erdverlegten Flüssiggastanks; - Kontrolle und Pflege des Stationsgebäudes, der Außenanlagen, der Zuwegungen und des Flüssiggastankbereichs einschließlich Winterdienst; - Organisation und Koordination externer Fach- und Serviceunternehmen; - Störungsbearbeitung mit einer Fernzugriffszeit von 30 Minuten und einer Vor-Ort-Zeit von zwei Stunden; - ordnungsgemäße Entsorgung der bei Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten anfallenden Abfälle; - Erfassung und Dokumentation freigesetzter Methanmengen sowie Durchführung zu-mutbarer Maßnahmen zur Minimierung der Methanemissionen; vollständige Dokumentation sämtlicher Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie quartalsweise Berichterstattung und jährliche Wartungs- und Budgetplanung

Interne Kennung: 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50500000 Reparatur und Wartung von Pumpen, Ventilen, Hähnen, Metallbehältern und Maschinen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 50530000 Reparatur und Wartung von Maschinen, 65200000 Gasversorgungsunternehmen und zugehörige Dienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Heidenau

Land, Gliederung (NUTS): Harburg (DE933)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister - PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubig-ter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. - PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). - PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. - PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 (bzw. Vordruck 10).

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren - WL1:

Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Der jährliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre muss, getrennt je Los, für Los 1 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 2 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 3 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Der Nachweis ist für jedes Los getrennt zu erbringen. Wünscht der Bewerber für mehrere Lose einen Teilnahmeantrag abzugeben, so sind die Mindestanforderungen kumulativ zu erfüllen. Das hieße bei einem Teilnahmeantrag für alle drei (3) Lose müsste ein durchschnittlicher Umsatz i.H.v. EUR 4.500.000,00 (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre nachgewiesen werden.. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung - WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 10.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von 1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen und 2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist. Der Nachweis kann in Fotokopie /Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL1: Referenzen - TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten: 1. Referenztitel 2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4) (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4, z. B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung 5. Auftragswert in EUR (netto) 6. Ausführungszeitraum (Auftragsdatum tagesgenau angeben) Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber

vor, die Referenzen nachzuprüfen. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es sind mindestens zwei (2) einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen, die jeweils folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Die Referenz muss die Betriebsführung einer Biogaseinspeiseanlage zum Gegenstand haben, deren Wartungs- und Instandhaltungsaufwand hinsichtlich Art und Umfang mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbar ist. - Der Bieter beziehungsweise im Falle einer Bietergemeinschaft mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft muss im Rahmen des Referenzauftrags als verantwortlicher Betriebsführer der Biogaseinspeiseanlage tätig gewesen sein oder weiterhin tätig sein. - Die Referenzleistungen müssen unter Beachtung der DVGW-Arbeitsblätter G 265-2 und G 265-3 oder nachweislich gleichwertiger technischer Regelwerke erbracht worden sein beziehungsweise erbracht werden. - Die Referenz muss eine ununterbrochene Betriebsführungsdauer von mindestens zwei (2) Jahren umfassen. Der nachzuweisende Zeitraum von mindestens zwei (2) Jahren muss vollständig innerhalb des Zeitraums ab dem 01.01.2017 liegen. Der Referenzauftrag darf bereits vor dem 01.01.2017 begonnen worden sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. - TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 3.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. - TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 4.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/09/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 14/10/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/10/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2 oder 3 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Verfahrensunterlagen

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: siehe Verfahrensunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

GASCADE Gastransport GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: GASCADE Gastransport GmbH

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Betriebsführung BGEA Nonnendorf

Beschreibung: Gegenstand der Leistungen ist die technische Betriebsführung der Biogaseinspeiseanlage Nonnendorf. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere: - Inspektion, Funktionsprüfung, Wartung und erforderliche Instandsetzung der Gas-Druckregel- und Messanlage einschließlich der Gasbeschaffenheits-, Mengen-, Druck-, Temperatur-, Taupunkt-, Sauerstoff- und Schwefelmesstechnik; - Betrieb, Überwachung und Instandhaltung der Verdichteranlage einschließlich Rück-kühlanlagen, Rohrleitungen, Sicherheitseinrichtungen, Kühlwasser- und Ölkreisläufen sowie der zugehörigen Heizungs- und Lüftungstechnik; - Instandhaltung der Druckluft- und Steuerluftanlage einschließlich Vorhaltung einer ge-eigneten Ersatzversorgung; - Prüfung und Wartung der elektrotechnischen Anlagen, der Automatisierungs- und Prozessleittechnik, der USV-Anlagen der Biogaseinspeise- und Sauerstoffentfer-nungsanlage, der Transformatorenstation sowie der Blitz-, Überspannungs- und Po-tenzialausgleichssysteme; - Wartung und Prüfung der Explosionsschutztechnik, der technischen Lüftung, der Gaswarnanlage sowie der vorhandenen Brandschutztechnik; - Wartung der Klima-, Heizungs-, Lüftungs-, Fernwirk- und Übertragungstechnik; - Koordination, Vorbereitung, Begleitung und Dokumentation der wiederkehrenden Prü-fungen an Druckbehältern und Durchleitungsdruckbehältern sowie der Prüfungen auf Explosionssicherheit; - Kontrolle und Pflege des Stationsgebäudes, der Außenanlagen und der Zuwegungen einschließlich Winterdienst; - Organisation und Koordination externer Fach- und Serviceunternehmen; - Störungsbearbeitung mit einer Fernzugriffszeit von 30 Minuten und einer Vor-Ort-Zeit von zwei Stunden; - ordnungsgemäße Entsorgung der bei Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten anfal-lenden Abfälle; - Erfassung und Dokumentation freigesetzter Methanmengen sowie Durchführung zu-mutbarer Maßnahmen zur Minimierung der Methanemissionen; vollständige Dokumentation sämtlicher Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaß-nahmen sowie quartalsweise Berichterstattung und jährliche Wartungs- und Budget-planung.

Interne Kennung: 2

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50500000 Reparatur und Wartung von Pumpen, Ventilen, Hähnen, Metallbehältern und Maschinen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 50530000 Reparatur und Wartung von Maschinen, 65200000 Gasversorgungsunternehmen und zugehörige Dienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Niederer Fläming

Land, Gliederung (NUTS): Teltow-Fläming (DE40H)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister - PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubig-ter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. - PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmassnahmen nach § 125 GWB ist möglich. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). - PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. - PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 (bzw. Vordruck 10).

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren - WL1:

Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Der jährliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre muss, getrennt je

Los, für Los 1 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 2 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 3 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Der Nachweis ist für jedes Los getrennt zu erbringen. Wünscht der Bewerber für mehrere Lose einen Teilnahmeantrag abzugeben, so sind die Mindestanforderungen kumulativ zu erfüllen. Das hieße bei einem Teilnahmeantrag für alle drei (3) Lose müsste ein durchschnittlicher Umsatz i.H.v. EUR 4.500.000,00 (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre nachgewiesen werden.. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung - WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 10.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von 1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen und 2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist. Der Nachweis kann in Fotokopie /Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL1: Referenzen - TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten: 1. Referenztitel 2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4) (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4, z. B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung 5. Auftragswert in EUR (netto) 6. Ausführungszeitraum (Auftragsdatum tagesgenau angeben) Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es sind mindestens zwei (2) einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen, die jeweils folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Die Referenz muss die Betriebsführung einer Biogaseinspeiseanlage zum Gegenstand haben, deren Wartungs- und Instandhaltungsaufwand hinsichtlich Art und Umfang mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbar ist. - Der Bieter beziehungsweise im Falle einer Bietergemeinschaft mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft muss im Rahmen des Referenzauftrags als verantwortlicher Betriebsführer der Biogaseinspeiseanlage tätig gewesen sein oder weiterhin tätig sein. - Die Referenzleistungen müssen unter Beachtung der DVGW-Arbeitsblätter G 265-2 und G 265-3 oder nachweislich gleichwertiger technischer Regelwerke

erbracht worden sein beziehungsweise erbracht werden. - Die Referenz muss eine ununterbrochene Betriebsführungsdauer von mindestens zwei (2) Jahren umfassen. Der nachzuweisende Zeitraum von mindestens zwei (2) Jahren muss vollständig innerhalb des Zeitraums ab dem 01.01.2017 liegen. Der Referenzauftrag darf bereits vor dem 01.01.2017 begonnen worden sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. - TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 3.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. - TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 4.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/09/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYZZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYZZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 14/10/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYZZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/10/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2 oder 3 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen

Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Verfahrensunterlagen

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: siehe Verfahrensunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

GASCADE Gastransport GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: GASCADE Gastransport GmbH

5.1. Los: LOT-0003

Titel: Betriebsführung BGEA Wörth

Beschreibung: Gegenstand der Leistungen ist die technische Betriebsführung der Biogaseinspeiseanlage Wörth. Der Leistungsumfang umfasst insbesondere: - Inspektion, Funktionsprüfung, Wartung und erforderliche Instandsetzung der Gas-Druckregel- und Messanlage einschließlich der Gasbeschaffenheits-, Mengen-, Druck-, Temperatur-, Taupunkt-, Sauerstoff- und Schwefelmesstechnik; - Betrieb, Überwachung und Instandhaltung der Verdichteranlage einschließlich Rück-kühlanlagen, Rohrleitungen, Sicherheitseinrichtungen, Kühlwasser- und Ölkreisläufen sowie der zugehörigen Heizungs- und Lüftungstechnik; - Wartung und Instandsetzung der in der Gas-Druckregel- und Messanlage sowie in der

Verdichteranlage eingesetzten flexiblen Rohr- und Schlauchleitungen einschließlich deren Austausch oder entsprechender Druck- und Dichtheitsprüfungen; - Instandhaltung der Druckluft- und Steuerluftanlage; - Prüfung und Wartung der elektrotechnischen Anlagen, der Automatisierungs- und Prozessleittechnik, der USV-Anlagen, der Transformatorenstation sowie der Blitz-, Überspannungs- und Potenzialausgleichssysteme; - Wartung und Prüfung der Explosionsschutztechnik, der technischen Lüftung, der Gaswarnanlage sowie der vorhandenen Brandschutztechnik; - Wartung der Klima-, Heizungs-, Lüftungs-, Fernwirk- und Übertragungstechnik; - Koordination, Vorbereitung, Begleitung und Dokumentation der wiederkehrenden Prüfungen an Druckbehältern und Durchleitungsdruckbehältern sowie der Prüfungen auf Explosionssicherheit; - Kontrolle und Pflege des Stationsgebäudes, der Außenanlagen und der Zuwegungen einschließlich Winterdienst; - Organisation und Koordination externer Fach- und Serviceunternehmen; - Störungsbearbeitung mit einer Fernzugriffszeit von 30 Minuten und einer Vor-Ort-Zeit von vier Stunden; - ordnungsgemäße Entsorgung der bei Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten anfallenden Abfälle; - Erfassung und Dokumentation freigesetzter Methanmengen sowie Durchführung zu-mutbarer Maßnahmen zur Minimierung der Methanemissionen; - vollständige Dokumentation sämtlicher Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie quartalsweise Berichterstattung und jährliche Wartungs- und Budget-planung.

Interne Kennung: 3

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 50500000 Reparatur und Wartung von Pumpen, Ventilen, Hähnen, Metallbehältern und Maschinen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 50530000 Reparatur und Wartung von Maschinen, 65200000 Gasversorgungsunternehmen und zugehörige Dienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Wörth am Rhein

Land, Gliederung (NUTS): Germersheim (DEB3E)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 36 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister - PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen. Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. - PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). - PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland). Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. - PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 9 (bzw. Vordruck 10).

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren - WL1: Eigenerklärung über den jährlichen Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Der jährliche Umsatz der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre muss, getrennt je Los, für Los 1 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 2 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Los 3 in EUR (netto) mindestens 1.500.000,00 betragen. Der Nachweis ist für jedes Los getrennt zu erbringen. Wünscht der Bewerber für mehrere Lose einen Teilnahmeantrag abzugeben, so sind die Mindestanforderungen kumulativ zu erfüllen. Das hieße bei einem Teilnahmeantrag für alle drei (3) Lose müsste ein durchschnittlicher Umsatz i.H.v. EUR 4.500.000,00 (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre nachgewiesen werden.. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung - WL2: Nachweis einer bestehenden Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Die Haftpflichtdeckungshöhe muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens EUR 10.000.000,00 je Versicherungsjahr betragen. Falls eine Versicherung mit diesen Deckungshöhen derzeit nicht besteht, genügt die Vorlage von 1. einer Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine entsprechende Versicherung auf erstes Anfordern des Auftraggebers abzuschließen und 2. die unwiderrufliche Erklärung eines Versicherers (in nicht beglaubigte Kopie), dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung bereit ist. Der Nachweis kann in Fotokopie /Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Einreichung der Angebote nicht älter als 12 Monate sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 2.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL1: Referenzen - TL1: Angaben über die Ausführung einschlägiger und vergleichbarer Leistungen (Referenzen) mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten: 1. Referenztitel 2. Auftraggeber (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4) (Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (siehe Hinweis Datenschutz zur Angabe des Auftraggebers in der Anlage A.4, z. B. E-Mail, Telefonnummer) (Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).) 4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung 5. Auftragswert in EUR (netto) 6. Ausführungszeitraum (Auftragsdatum tagesgenau angeben) Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es sind mindestens zwei (2) einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen, die jeweils folgende Mindestanforderungen erfüllen: - Die Referenz muss die Betriebsführung einer Biogaseinspeiseanlage zum Gegenstand haben, deren Wartungs- und Instandhaltungsaufwand hinsichtlich Art und Umfang mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbar ist. - Der Bieter beziehungsweise im Falle einer Bietergemeinschaft mindestens ein Mitglied der Bietergemeinschaft muss im Rahmen des Referenzauftrags als verantwortlicher Betriebsführer der Biogaseinspeiseanlage tätig gewesen sein oder weiterhin tätig sein. - Die Referenzleistungen müssen unter Beachtung der DVGW-Arbeitsblätter G 265-2 und G 265-3 oder nachweislich gleichwertiger technischer Regelwerke erbracht worden sein beziehungsweise erbracht werden. - Die Referenz muss eine ununterbrochene Betriebsführungsdauer von mindestens zwei (2) Jahren umfassen. Der nachzuweisende Zeitraum von mindestens zwei (2) Jahren muss vollständig innerhalb des Zeitraums ab dem 01.01.2017 liegen. Der Referenzauftrag darf bereits vor dem 01.01.2017 begonnen worden sein. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 7.

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. - TL2: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt

zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DVGW Arbeitsblatt G 493-2 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 3.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards
Beschreibung des Eignungskriteriums: TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. - TL3: Nachweis einer gültigen Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig. Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss): Es ist ein Nachweis über eine gültige Zertifizierung gem. DIN EN ISO 9001 oder gleichwertig einzureichen. Siehe Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 4.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/09/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 14/10/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYH0DYD9FZYYZ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/10/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 Abs. 2 oder 3 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Verfahrensunterlagen

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

Finanzielle Vereinbarung: siehe Verfahrensunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

GASCADE Gastransport GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: GASCADE Gastransport GmbH

8. Organisationen**8.1. ORG-0001**

Offizielle Bezeichnung: GASCADE Gastransport GmbH

Registrierungsnummer: DE 815 216 431

Postanschrift: Kölnische Str. 108-112

Stadt: Kassel

Postleitzahl: 34119

Land, Gliederung (NUTS): Kassel, Kreisfreie Stadt (DE731)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@gascade.de

Telefon: +49 561934-0

Internetadresse: <https://www.gascade.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: +49 22894990
Postanschrift: Villemombler Straße 76
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990
Internetadresse: https://www.bundeskartellamt.de/DE/Aufgaben/Vergaberecht/vergaberecht_node.html
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 41404225-29e1-4280-ab19-ac7d4180c7ad - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/09/2026 13:59:01 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 615763-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 172/2026
Datum der Veröffentlichung: 07/09/2026